

FDP

Die Liberalen

LIBERAL

JOURNAL

Gemeinsam weiterkommen

FOKUS

Abstimmungen Aus unseren Reihen



Herbststimmung am Vierwaldstättersee in der Stadt Luzern

Kompromisse

Worte des Präsidenten
Seite 2

Abstimmung über die Teilrevision BZO

Seite 3

Abstimmen! Aber um was geht es denn?

Volksinitiativen «Luzerner Kulturlandschaft»
Seiten 4 und 5

Aus kantonalem und städtischem Parlament

Maurus Zeier, Kantonsrat; Mike Hauser, Grossstadtrat
Seite 6

Politisches Potpourri

Berichte, Ideen, Gedanken
Seite 7

Nebelschwaden in Luzern und anderswo?

Politisches Geschehen früher und heute ...
Seite 8

FDP Senioren

Freundschaft, Kontakte, Information, Politik
Seite 9

Die Jungfreisinnigen der Stadt Luzern

Politbattle: Seite 10
Politische Themen: Seite 11

Aus unseren Reihen

Rückblick auf das Jahr 2020
Seite 12



FDP.Die Liberalen Stadt Luzern
6000 Luzern
Telefon 041 210 20 28
info@fdp-stadtluzern.ch
www.fdp-stadtluzern.ch

Post 6000 Luzern

2xJA



JA zur Umzonung Würzenbachmatten
JA zur Teilrevision der Bau- und Zonenordnung

Kompromisse



Realitätssinn und Kompromiss statt blinder Ideologie, das fordern und leben wir als urbane liberale Partei konsequent. Mit dem neuen Partei-Sitz-Verhältnis im Stadtparlament haben SP und Grüne aktuell die absolute Mehrheit. Von Kompromiss und Sinn für das politische Machbare aber keine Spur. Die SP stellt nach wie vor politische Maximalforderungen, als wäre sie in der Opposition und nicht in der politischen Verantwortung.

Parkplatz-Kompromiss

An der letzten Sitzung hat das Stadtparlament das Konzept Autoparkierung beraten. Die Vorlage, welche der Stadtrat ins Parlament gebracht hat, war ein politischer Kompromiss. Bereits in der vorbereitenden Kommission wurde die Relegementsanpassungen durch die links-grünen Parteien verschärft, einseitig zulasten der Autofahrer. Wenig überraschend wollte die links-grüne Seite auch im Parlament nichts mehr wissen vom politischen Parkplatz-Kompromiss. Um nur ein Beispiel zu nennen: Parkplätze sollen zulasten von Velospuren aufgehoben werden. Notabene auf Kantonsstrassen, was bekanntlich gar nicht in der Kompetenz der städtischen Politik liegt.

Das aktuell gültige Parkplatzreglement der Stadt Luzern stammt aus dem Jahr 1986 und es ist wohl unbestritten, dass sich die Mobilität in der Stadt Luzern in den letzten 34 Jahren stark verändert hat. Die entsprechenden Reglemente sollen überarbeitet werden. Eine gute Erreichbarkeit ist ein zentra-

ler Faktor bezüglich Standortattraktivität. Die Stadt Luzern ist das Zentrum der Zentralschweiz und lebt als Tourismusdestination auch wirtschaftlich und kulturell von der Erreichbarkeit. Wir profitieren davon, wenn Menschen in unserer Stadt arbeiten, einkaufen, essen, trinken und bei uns zu Gast sind.

Im Parlament haben wir für den Parkplatz-Kompromiss gekämpft, bisher leider in den meisten Punkten erfolglos. SP und Grüne handeln und denken rein ideologisch und wollen die Autos ohne Rücksicht auf Verluste aus der Stadt verbannen. Doch Luzern braucht einen Parkplatz-Kompromiss im Interesse der Erreichbarkeit und Prosperität unserer Stadt. Wir werden weiterkämpfen und wir bereiten ein entsprechendes konstruktives Referendum vor. Dabei werden wir die Unterstützung von allen unseren Parteimitgliedern brauchen.

BZO Revision

Am 29. November kommt die Teilrevision der Bau- und Zonenordnung (BZO) Stadtteil Luzern zur Abstimmung. Auch die BZO ist ein politischer Kompromiss. Die FDP Fraktion steht hinter diesem Kompromiss. Die SP versuchte im Parlament, die reformierte Kirche auf dem Areal der Würzenbachmatte zu gemeinnützigem Wohnungsbau zu zwingen. Ebenso stellten sich die Linken gegen die Ausbaupläne der Luzerner Kantonalbank. Dank unseres Widerstandes unterlagen die Linken im Parlament und die Kantonalbank kann dank Annahme der BZO ihr Ausbauprojekt realisieren.

WEF auf dem Bürgenstock

Anfangs Oktober haben wir erfahren, dass das WEF im Mai 2021 auf dem Bürgenstock stattfinden soll. Grosse Freude herrscht bei den Regierungsräten der

Zentralschweiz. Regierungspräsident Reto Wyss: «Die Veranstaltung entspricht dem Ziel, den Luzerner Tourismus qualitativ weiterzuentwickeln. Dieses Ziel – die Ausrichtung auf einen hochwertigen und nachhaltigen Tourismus – wurde im Zusammenhang mit der Coronakrise von Politik- und Tourismuskreisen nachdrücklich formuliert.»

Negative Stimmung machen die SP in Stadt und Kanton. Die entsprechenden Vorstösse liessen denn nicht lange auf sich warten. Vordergründig stört sich die SP an den Kosten für die Sicherheit. Eigentlich aber möchte die Linkspartei das WEF und die Teilnehmer des Forums nicht in unserer Region haben. Der Einfluss der SP bleibt in der Frage aber glücklicherweise sehr beschränkt. Sicherheit ist eine kantonale Aufgabe. Die Hoteliers mit den sehr vielen leeren Betten in der Stadt freuen sich auf das WEF und dessen internationale Ausstrahlung. Hoffen wir alle das Corona-Virus mache nicht auch hier einen Strich durch die Rechnung.

Unsere FDP-Familie

Seit Ausbruch des Virus sahen wir uns leider gezwungen, alle unsere Veranstaltungen abzusagen. Dies schmerzt uns alle sehr. Wir sind eine politische Familie und schaffen mit unseren Versammlungen Orte für Begegnungen. Besonders unser Sommerfest möchte ich hier hervorheben: Persönliche Kontakte und Begegnungen sind wertvoll und kein digitales Tool kann diese ersetzen. Ich freue mich riesig auf das Wiedersehen mit euch allen. Wir machen zusammen ein grosses Fest. Versprochen! Ohne Kompromisse!

Fabian Reinhard, Präsident
FDP. Die Liberalen Stadt Luzern



Abstimmung über die Teilrevision der Bau- und Zonenordnung Stadtteil Luzern

Detaillierte Informationen zu den beiden Vorlagen erhalten Sie aus erster Hand von Grossstadtrat und Baukommissionspräsident Rieska Dommann: (Als Newsletter versandt)

Am 9. Juni 2013 haben die Stimmberechtigten der Stadt Luzern die Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) mit 60 % Ja-Stimmen angenommen. Seitdem haben sich verschiedene Anpassungsbegehren ergeben, die von hohem öffentlichem Interesse sind und die eine Teilrevision der Bau- und Zonenordnung nötig machen.

Wichtig für den Wirtschaftsstandort...

Insgesamt hat der Grosse Stadtrat 22 Änderungen beschlossen. Einige davon sind aus Sicht der FDP-Fraktion von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Luzern. An erster Stelle stehen die Anpassungen der BZO für die bauliche Entwicklung der Luzerner Kantonalbank an ihrem Hauptsitz an der Pilatusstrasse. Rieska Dommann und Laura Grüter Bachmann hatten dies bereits im Dezember 2016 mit einer Motion verlangt und damit den Weg für diese Umzonung geebnet. Auch die CSS Versicherung soll sich an Ihrem Hauptsitz in der Tribschenstadt weiterentwickeln können. Die notwendigen Anpassungen werden mit der vorliegenden Teilrevision beschlossen. Nicht zuletzt sind die Anpassungen im Bereich der Ortsbildschutzzonen zu erwähnen. Die bestehenden Bestimmungen führen in der Schutzzone B, die grosse Gebiete der Stadt Luzern umfasst, zu einem faktischen Abbruchverbot, selbst für störende Bauten. In der Folge sind mehrere Projekte durch Gerichtsentscheide blockiert. Mit der neuen Regelung werden die starren Bedingungen wenigstens etwas gelockert, auch wenn sich die FDP-Fraktion für weitergehende Lockerungen stark gemacht hat, die aber leider keine Mehrheit fanden.

... und wichtig für den gemeinnützigen Wohnungsbau

Auch der gemeinnützige Wohnungsbau profitiert von der vorliegenden Teilrevision. Damit soll das Ziel, den Anteil der gemeinnützigen Wohnungen bis 2037 auf 16 % zu erhöhen, besser erreicht werden können. Konkret sind Anpassungen in der Maihofhalde, an der Kleinmatt-/Bireggstrasse (altes Hallenbad), im Himmelrich, an der Industriestrasse, sowie Am Rain (Geissenstein) vorgesehen.

Im öffentlichen Interesse...

Nachdem die Stimmberechtigten 2013 den Hochhausstandort beim Hotel Seeburg nur knapp abgelehnt hatten, musste eine neue Lösung gefunden werden, damit der Hotelbetrieb in eine gesicherte Zukunft geführt und der Jesuitenhof erhalten wer-

den können. Ein entsprechendes Konzept liegt nun vor und soll mit der vorgelegten Anpassung der BZO ermöglicht werden. Auf dem heutigen ewl-Areal sollen in Zukunft neben den ewl-Nutzungen verschiedene städtische Dienstabteilungen, die Feuerwehr Stadt Luzern, die Zivilschutzorganisation Pilatus, der Rettungsdienst des Luzerner Kantonsospitals sowie gemeinnützige Wohnungen und ein Pflegezentrum für betagte Menschen entstehen. Auch dafür sind verschiedene Anpassungen an der BZO notwendig.

Die Würzenbachmatte

Seit der Schliessung der Postfiliale im Würzenbach steht das aus den 1960-er Jahren stammende Gebäude der Reformierten Kirche Luzern zumeist leer. Da sich das Grundstück aktuell in der Zone für öffentliche Zwecke befindet, ist eine bauliche Entwicklung nicht möglich. Das grosse Potential, des an bester Lage im Quartierzentrum gelegenen Grundstücks, kann nicht ausgeschöpft werden. Zusammen mit der Reformierten Kirche Luzern hat die Stadt Luzern eine Lösung gefunden, wie das Grundstück in die Zukunft überführt werden kann, in dem eine sinnvolle bauliche Entwicklung ermöglicht wird. Dazu wird das Grundstück neu in die 5-geschossige Wohnzone überführt. Die Umzonung ist u. a. mit der Verpflichtung verbunden, auf dem Grundstück preisgünstigen Wohnraum (10 Prozent günstiger als quartierübliche Mieten) zu erstellen. Die Reformierte Kirchgemeinde Luzern plant den Bau von ca. 30, im Quartier dringend benötigten, zahlbaren Klein- und Alterswohnungen. Das Projekt entspricht einem drängenden Anliegen des Quartiers wie das Zielbild 2035, welches das Quartier in einem partizipativen Prozess erarbeitet hat, zeigt. Dank der zentralen Lage kann das Projekt zudem einen wichtigen Beitrag zur räumlichen Aufwertung und zur Quartierentwicklung leisten.

Beratung im Grossen Stadtrat

Umstritten waren im Grossen Stadtrat (wenig verwunderlich) die Zonenänderung bei der Luzerner Kantonalbank und (nicht nachvollziehbar) die Umzonung der Würzenbachmatte. SP und Grüne lehnten beide Umzonungen ab. Bei der Würzenbachmatte wollten SP und Grüne der Umzonung der Würzenbachmatte nur zustimmen, wenn damit die Auflage zu gemeinnützigem Wohnungsbau einhergegangen wäre. Dagegen hat sich allerdings die Reformierte Kirche Luzern verständlicherweise entschieden zur Wehr gesetzt. Für sie hätte es nämlich bedeutet, dass sie das Grundstück nicht mehr selber bebauen kann, da sie keine gemeinnützige Organisation ist. Vielmehr wäre ihr faktisch nur die Abgabe, d. h. der Verkauf an eine gemeinnützige Baugenossenschaft übriggeblieben.

Die Debatte im Grossen Stadtrat hat eines deutlich gezeigt. SP und Grüne wollen in Zukunft private Grundeigentümer zwingen, auf ihren Grundstücken gemeinnützigem Wohnraum zu erstellen. Damit einher geht eine massive Eigentumsbeschränkung, die aus liberaler Sicht entschieden abzulehnen ist. Aus Sicht der linken Parteien ist die Abstimmung über die Würzenbachmatte ein erster Test und somit ein Präjudiz dafür, wie in Zukunft bei Umzonungen von privaten Grundstücken vorgegangen werden soll.

2xJA



JA zur Umzonung Würzenbachmatte
JA zur Teilrevision der Bau- und Zonenordnung

Schlussendlich stimmte der Grosse Stadtrat der Teilrevision der Bau- und Zonenordnung Stadtteil Luzern, exklusive Würzenbachmatte, mit 45:0 Stimmen zu. Die Anpassung Würzenbachmatte, über welche die Stimmberechtigten separat entschieden, wurde mit 24:21 Stimmen angenommen.

Lebendiges Würzenbach-Quartier

JA zu preisgünstigen Klein- und Alters-Wohnungen zur Umzonung Würzen-Bachmatte

Komitee mit 159 Mitgliedern (Auszug; aus unseren Reihen und weitere)

CO-PRÄSIDIUM: Rieska Dommann, Grossstadtrat FDP; Ruedi Meier, Alt-Stadtrat Grüne; Marlen Odermatt, Alt-Stadtrat SP und 12 weitere

MITGLIEDER: Yolanda Ammann, Gymnastiklehrerin; Marco Baumann, Fraktionschef GRSTR; Sonja Döbeli Stirnemann, Grossstadträtin; Adrian Derungs, IHZ; Jeronimo Egle, JF; Sandra Felder, Grossstadträtin; Laura Grüter Bachmann, Alt-Grossstadträtin; Vreni Grüter-Felber, Alt-Kantonsrätin; Mike Hauser, Grossstadtrat; Damian Hunkeler, Kantonsrat/Grossstadtrat; Marc Lustenberger, Grossstadtrat; Marco Marinelle, GL FDP; Fabian Reinhard, Parteipräsident; Daniel Schlegel, Grafiker; Peter Schmid, Rentner; Alexander Stadelmann, TCS; Georges Theiler, Alt-Ständerat; Jacqueline Theiler, PP FDP Kanton, Daniel Wettstein, Alt-Kantonsrat; Herbert Widmer, Alt-Kantonsrat; Lucas Zurkirchen, Kantonsrat

Abstimmen!! Aber um was geht es denn überhaupt?

Volksinitiativen «Luzerner Kulturlandschaft» und Gegenvorschlag

Schätzen Sie auch die Rechte und Pflichten unserer Demokratie – auch wenn wir gegenwärtig die Grenzen des Föderalismus hautnah erleben? Ist es Ihnen aber auch bewusst, dass die Anforderungen an uns Bürgerinnen und Bürger – z.B. bezüglich der Ausübung des Abstimmungsrechts – sehr gross sind. Gerade der am 29.11.20 zu treffende Entscheid bezüglich der beiden Volksinitiativen «Luzerner Kulturlandschaft» beziehungsweise des regierungsrätlichen Gegenvorschlags ist ein aktuelles Beispiel. Es geht dabei nicht einfach um ein Bekenntnis zur Natur, ein solches würde den meisten unter uns nicht schwerfallen, sondern es geht darum zu entscheiden, was diesbezüglich in unsere Kantonsverfassung und in unsere Gesetze gehört. Gerne versuche ich, hier in recht konzentrierter Form zu dieser Vorlage einige Informationen zu übermitteln. Kantonsrat Ruedi Amrein, Malers, Ing Agr. ETH, hat mit seinem Referat an der kantonalen Parteiversammlung vom 29. Oktober 20 die Grundlagen dazu geliefert.



Verfassungsinitiative

«§ 11a Schutz der Kulturlandschaft Der Kanton und die Gemeinden sorgen für:

- die Bewahrung der Luzerner Kulturlandschaft in ihrer Schönheit und ihren Schutz vor Zersiedlung und Verunstaltung,
- den Schutz des Bodens und insbesondere des landwirtschaftlich nutzbaren Kulturlandes für eine gesunde Lebensmittelproduktion und Selbstversorgung,
- die Sicherstellung der Lebensräume für eine Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten (Biodiversität),
- eine reizvolle und wohnliche Gestaltung der Landschaft mit Städten und Dörfern und eine Verbesserung der Lebensqualität,
- die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen.»

Gesetzesinitiative

Der Text der Gesetzesinitiative ist ausgestaltet und in seinen Forderungen sehr weitgehend.

In der Botschaft B 169 des Regierungsrates «Volksinitiativen «Luzerner Kulturlandschaft» und Gegenvorschlag» finden Sie den vollständigen Text auf den Seiten 4 – 6. Hier soll die Kurzform genügen:

Gesetzesinitiative als Ergänzung zu § 35, § 40, § 41 und § 42 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes vom 07.03.1989

§ 35 Zonenplan

Die Bauzonen sind so festzulegen, dass für die Landwirtschaft genügend als Kulturland geeignete Flächen erhalten bleiben.

§ 40 Schutz landwirtschaftlicher Nutzflächen
Die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen sind grösstmöglich zu erhalten.

§ 41 Fruchtfolgeflächen

Fruchtfolgeflächen sind grundsätzlich vollumfänglich zu erhalten.

§ 42 Erhaltung und Aufwertung des Landschaftsraumes

Kanton und Gemeinden sorgen auch ausserhalb des Bauzonen für die Einschränkung der Zersiedlung, die Erhaltung und die Aufwertung des Landschaftsraumes.

Gegenvorschlag

Stellungnahme des Regierungsrates in der Botschaft B 169

Da unser Rat die Anliegen der Initiative grundsätzlich teilt, diese aber aufgrund ihrer Strenge als äusserst nachteilig für den Kanton, die Gemeinden und die Bevölkerung beurteilt, unterbreitet er Ihrem Rat einen Gegenentwurf zur Gesetzesinitiative, der zwar die Anliegen der Initiative aufnimmt, nicht aber ihre als sehr kritisch beurteilten Elemente.

Mit dem Gegenentwurf soll das Planungs- und Baugesetz mit vier Bestimmungen ergänzt werden. Die vorgeschlagenen Regelungen orientieren sich an den Vorgaben des Bundesrechts und des kantonalen Richtplans und stehen im Einklang mit den geltenden kantonalen Wegleitungen und Arbeitshilfen. Sämtliche Vorgaben sollen neu im Planungs- und Baugesetz verankert werden.

Stellungnahme Komitee «JA zum Gegenvorschlag – 2 x Nein zu den Initiativen»

Am 29. November 2020 kommen im Kanton Luzern zwei Kulturlandinitiativen zur Abstimmung. Regierungsrat und Kantonsrat teilen das Ziel der Initiativen, das Kulturland besser zu schützen. Sie lehnen aber die radikale Umsetzung ab. Der Gegenvorschlag nimmt die wichtigsten Anliegen der Initiativen auf. Er will die innere Verdichtung gewährleisten, gleichzeitig aber auch den raumplanerischen Spielraum erhalten. Der Gegenvorschlag ist umsetzbar und wird von einem breit abgestützten Komitee getragen.

Eine Annahme der beiden Initiativen hätte gravierende Folgen für die Bevölkerung, die Wirtschaft und die Landwirtschaft im Kanton Luzern. Der Kulturlandschutz würde quasi absolut gelten – ohne raumplanerisches Ermessen. Es wäre künftig nicht mehr möglich, neue Betriebe anzusiedeln oder landwirtschaftliche Gebäude zu erweitern. Auch der Bau von Schulen, Spitälern oder Sportanlagen wäre nicht mehr möglich, weil dafür meist Fruchtfolgeflächen beansprucht werden: Diese könnten in der Praxis nicht mehr kompensiert werden.

Die Initiativen gehen weiter als ein Moratorium. Sie beschränken sich nicht auf Neueinzonungen, sondern sie beziehen sich auch auf Land innerhalb von Bauzonen. Da selbst solches nicht mehr überbaut werden dürfte, drohen der öffentlichen Hand hohe Entschädigungsforderungen.

(Fotos aus Webseite BUWD)



Kulturland schützen: Gegenvorschlag JA, Initiativen 2 x NEIN

Fragen und Antworten

Was verlangt die Verfassungsinitiative?

Die Verfassungsinitiative wiederholt Grundsätze, die ohnehin schon gelten. Sie widerspricht dem Modell der Luzerner Verfassung. Die Verfassungsinitiative bringt keinen Mehrwert. Sie ist unnötig.

Was verlangt die Gesetzesinitiative?

Die Initiative verlangt, dass der Schutz der landwirtschaftlichen Nutzfläche verstärkt und die Anforderungen bei Einzonungen und Überbauungen verschärft werden. Die Initiative nimmt allerdings Bezug auf eine Ausgangslage, die heute nicht mehr besteht. Seit das eidgenössische Raumplanungsgesetz 2014 revidiert worden ist, werden die Grundsätze der Siedlungsentwicklung nach innen und der Verdichtung streng umgesetzt.

Was will der Gegenvorschlag?

Auch mit dem Gegenvorschlag wird das Kulturland besser geschützt. Der Gegenvorschlag will die innere Verdichtung gewährleisten, gleichzeitig aber auch den raumplanerischen Spielraum erhalten. Der Gegenvorschlag formuliert klare Regelungen für das Bauen ausserhalb von Bauzonen. Der Schutz von Boden und Fruchtfolgefächern wird im Gesetz besser verankert. Schliesslich stellt der Gegenvorschlag einen praxistauglichen Vollzug sicher.

Was ist eigentlich «Kulturland»?

Der Begriff «Kulturland» umfasst Fruchtfolgefächern (FFF) und landwirtschaftliche Nutzflächen (LN). LN sind Flächen, die von einem Betrieb für den Pflanzenbau ganzjährig bewirtschaftet werden. Diese können innerhalb oder ausserhalb der Bauzone liegen. FFF gelten als wertvollste Böden innerhalb der Landwirtschaftlichen Nutzflächen.

Kann Kulturland heute einfach eingezont werden?

Nein. Seit der Revision des Raumplanungsgesetzes 2014 sind die Auflagen dafür sehr restriktiv. Verschiedene Luzerner Gemeinden sind zurzeit daran, Land wieder auszonieren. Die Initiative will die strengen Bestimmungen nochmals erheblich verschärfen.

Hat die Initiative nur Auswirkungen auf Neu-Einzonungen?

Nein, sie bezieht sich auf jegliche Beanspruchung von Kulturland auch innerhalb von Bauzonen. Auch bereits bestehende Bauzonen mit Fruchtfolgefächern sind praktisch nicht mehr überbaubar.

Fordert die Initiative ein Bauzonenmoratorium?

Die Initiative erlaubt zwar noch Einzonungen, aber nicht an den «richtigen» Orten, die für die Entwick-

lung von Kanton, Gemeinden, Wirtschaft und Landwirtschaft nachgefragt sind. Im Gegensatz dazu erlaubt ein Bauzonenmoratorium noch Einzonungen an zentralen, geeigneten Lagen, wenn entsprechende Auszonungen an peripheren (nicht nachgefragten) Lagen erfolgen. In diesem Sinne wirkt die Initiative extremer als ein Bauzonenmoratorium.

Wären es überhaupt noch möglich, Fruchtfolgefächern einzuzonen?

Nein. Bei Annahme der Initiative können auf Fruchtfolgefächern keine neuen Arbeitszonen (Schulen, Sportplätze, Spitalbauten oder Infrastrukturbauten (Bahn, Strassen etc.)) mehr realisiert werden. Fruchtfolgefächern wären faktisch so geschützt wie Moore.

Wäre es möglich, bestehende Bauzonen mit Fruchtfolgefächern noch zu überbauen?

Nein. Bestehende Bauzonen mit Fruchtfolgefächern sind praktisch nicht mehr überbaubar. Es ist mit sehr hohen Entschädigungsforderungen zu Lasten der Allgemeinheit zu rechnen. Wenn ein konkreter Bedarf ausgewiesen wird, sind höchstens bestehende LN-Bauzonen unter sehr restriktiven Auflagen noch überbaubar.

Verhindert die Initiative die Zersiedelung?

Nein, im Gegenteil. Weil an zentralen Lagen nicht mehr eingezont werden könnte, müsste auf bereits eingezontes Land (oft an der Peripherie) ausgewichen werden. Da solches aber oft nicht an der richtigen Lage oder anderweitig ungeeignet ist, gefährdet die Initiative die von Bund, Kanton und Gemeinden gewünschten Entwicklungen in den Zentren und entlang der Hauptentwicklungachsen (z.B. verdichtetes Bauen, Ausnutzung etc.). Die Initiative fördert die Zersiedelung.

Ist die Landwirtschaft von der Initiative betroffen?

Explizit ja. Landwirtschaftliche Bauten (Wohnbau-

ten und Ökonomiegebäude) sind gemäss der Initiative generell kein wichtiges Ziel, das die Überbauung von Kulturland erlaubt. Somit wäre auch der Neubau eines modernen Viehstalls zur tiergerechten Haltung nicht mehr erlaubt. Ebenso wären Erweiterungen bestehender Bauten nicht mehr möglich, weil damit Kulturland beansprucht würde.

Wie ist die Wirtschaft von der Initiative betroffen?

Neuansiedlungen von Unternehmen auf unüberbauten Kulturland wäre nicht mehr zulässig. Auch ein bereits ansässiger Betrieb könnte sich nicht erweitern, wenn er dafür Fruchtfolgefächern beanspruchen müsste. Die Initiative hat darum schädliche Auswirkungen auf den KMU-Standort Luzern.

Wie sind Infrastrukturprojekte von der Initiative betroffen?

Die geeigneten Flächen für Infrastrukturprojekte (Strassen, Schul- oder Spitalbauten) befinden sich in der Regel in Ebenen und nicht an Hanglagen. Bei diesen Flächen handelt es sich meistens um Fruchtfolgefächern. Das bedeutet: Infrastrukturbauten wie bspw. Bahn und Strassen, Arbeitsgebiete oder Schul-, Sport- und Spitalbauten wären kaum mehr an zentralen Lagen realisierbar.

Sind die vorgeschlagenen Kompensationsmassnahmen umsetzbar?

Nein. Weder sind Neuerhebungen von Fruchtfolgefächern noch Rückzonungen in der Praxis umsetzbar. Bei den meisten vom Kanton vorgeschlagenen Rückzonungsflächen handelt es sich nicht um Fruchtfolgefächern. Unüberbaute Fruchtfolgefächern können zudem aus raumplanerischen Gründen nicht rückgezont werden und es besteht keine Möglichkeit, solche Grundstücke zu enteignen. Die Initiative lässt zudem offen, wie eine solche Kompensation zu funktionieren hat und wer Anspruch auf solche Flächen hätte.

		JA	NEIN	ENTH.	RES.
Abstimmungen vom 29. November 2020	FDP.Die Liberalen Stadt Luzern				
	BZO	80	4	0	JA
	Würzenbachmatte	83	1	0	JA
Resultate Online - Befragung	FDP.Die Liberalen Kanton Luzern				
	Kulturlandschaft:				
	Verfassungsinitiative	21	221	20	NEIN
	Gesetzesinitiative	44	181	37	NEIN
	Gegentwurf	161	73	28	JA
	Stichfrage				Gegentwurf
	Verantwortungsinitiative	35	222	5	NEIN
Kriegsmaterialinitiative	34	223	5	NEIN	
	FDP.Die Liberalen Schweiz				
Verantwortungsinitiative	18	220	7	NEIN	
Kriegsmaterialinitiative				NEIN	

Aus dem kantonalen und städtischen Parlament

Maurus Zeier, Kantonsrat



Maurus, 3. von links, beim Wahlkampf

Jeder zehnte Sitz im Luzerner Kantonsrat wechselte bei den letzten Wahlen vom bürgerlichen ins links-grüne Lager. Für mich führte die «grüne Welle» zu einem Unterbruch meiner Arbeit im Parlament. Ich habe die Zeit genutzt, um Abstand zu gewinnen und mich auf meine berufliche Tätigkeit zu konzentrieren. Politik ist relevant und bewegt – die grossen Verschiebungen bei vergangenen Wahlen und die aktuelle Krise zeigen dies umso deutlicher. Entsprechend wichtig ist es, dass sich Menschen aller politischer Richtungen Zeit für die

Politik nehmen und sich engagieren. Genauso zentral ist es aber auch, dass man sich dabei selbst nicht zu wichtig nimmt, offen für Neues bleibt und Lösungen sucht, statt Grabenkämpfe auszutragen. Das schützenswerte Milizsystem hilft dabei: Man geht einer Arbeit nach, steht mitten im Leben und ist im Nebenamt politisch aktiv. Politikerinnen und Politiker sind gewählt, um die Bevölkerung zu vertreten und in deren Sinne Lösungen umzusetzen. Liest man die aktuell hängigen Vorstösse hat man zumindest stellenweise das Gefühl, dass nicht alle



Generationen mit gleichem Ziel: Maurus und Edi Suppiger



Weltoffen, Maurus in Moskau

im Parlament so denken. Für Einzelne scheint beispielsweise das Verhindern des für die Region gerade in der aktuellen Zeit chancenreiche World Economic Forum auf dem Bürgenstock wichtiger. Ich freue mich, meine Arbeit im Kantonsrat wieder aufzunehmen, meinen bescheidenen Beitrag für sachlich fundierte, liberale Politik im Sinne der Bevölkerung zu leisten und mich dabei nicht zu ernst zu nehmen.

Maurus Zeier, Kantonsrat

Mike Hauser Grossstadtrat



Nach meiner Wahl in den Grossen Stadtrat von Luzern hat nun die neue Legislatur begonnen. Ich konnte inzwischen erste Erfahrungen in der Bildungskommission und im Rat sammeln. Es wurde aber auch schnell klar, dass die bereits vermutete schwierige Ausgangslage der Mehrheitsverhältnisse, sich bewahrheiten würde. Ist es in der Kommission sehr lösungsorientiert und respektvoll, so ist im Rat schnell erkennbar, dass die SP, Grüne und teils leider auch die GLP ihre Muskeln spielen lassen und ihre Mehrheit ausnützen wollen. Das ist eine Tatsache, welcher wir in die Augen

schauen müssen. Eine Ausgangslage, an welche sich die Bürgerlichen Kräfte gewöhnen müssen und mit kreativen Vorschlägen und /oder Referenden dagegenhalten wollen. Nichts desto trotz ist es in der jetzigen Zeit wichtig, unsere liberalen Werte hochzuhalten und diese auch zu vermitteln. Sie liebe Leser*Innen haben die Möglichkeit, uns in diesem Unterfangen zu unterstützen. Sprechen Sie mit Ihren Kindern, Enkeln, Freunden und Bekannten über die städtische Politik. Tauschen Sie sich aus. Machen Sie Werbung für ein freiheitliches liberales Denken. Nur so schaffen wir es, vielleicht in 4 Jahren die Mehrheiten wieder umzubiegen. Ich von meiner Seite werde alles daransetzen, die Stadt Luzern weiterhin als eine offene und lebenswerte Stadt für Alle zu erhalten. Für Alle heisst, für Fussgänger, für Velofahrer, aber auch für Autofahrer und Kunden. Unsere Innenstadt muss jederzeit erreichbar bleiben. Nur so werden wir in Zukunft auch Gewerbetreibende anziehen und erhalten können, welche schlussendlich unserer Stadt einen Teil der Attraktivität einhauchen. Eine ausgestorbene Stadt mit Spielplätzen auf Parkfeldern, ist wohl kaum der richtige Ansatz. Mir ist absolut bewusst, dass es Kompromisse braucht. Aber solche, welche den Namen auch ver-

dienen. Dafür werde ich mich in den nächsten Jahren einsetzen. Und glauben Sie mir, eine Niederlage mehr oder weniger wird nichts an meinen liberalen Grundwerten ändern. Gehen wir alle gemeinsam diesen Weg und bauen auf dem auf, was unsere Vorfahren geschaffen haben. Setzen wir alles daran, dass auch die nächste und übernächste Generation sagen kann: Es ist lebenswert in Luzern!

Mike Hauser, Grossstadtrat



Mike Hauser beim Abschied vom FCL

Politisches Potpourri

Berichte, Ideen, Gedanken

Delegiertenversammlung FDP.Die Liberalen Schweiz vom 31.10.2020

FDP stelle sich als erste Partei hinter das CO2-Gesetz (Medienmitteilung)

Heute haben die Delegierten der FDP.Die Liberalen das CO2-Gesetz mit 218 zu 60 Stimmen bei 7 Enthaltungen sehr klar unterstützt. Damit stellt sich die FDP als erste Partei hinter die Vorlage und steht zu ihrer Verantwortung, den künftigen Generationen eine intakte Lebensgrundlage zu hinterlassen. Unsere Delegierten hatten 2019 eine freisinnige und ambitionierte Umwelt- und Klimapolitik beschlossen, die nun mit der Totalrevision des CO2-Gesetzes umgesetzt werden soll. Sie wollen das Klima mit einem freisinnigen Rezept aus Eigenverantwortung, Innovation und Kostenwahrheit schützen. Im Rahmen der gleichen Versammlung haben die Delegierten nach einem überzeugenden Votum von Bundesrätin Keller-Sutter ein sehr deutliches Nein zur UVI beschlossen. Weiter haben sie das Gesetz für eine E-ID klar angenommen. Zur GSoA-Initiative hatten die kantonalen Parteipräsidenten am Vorabend bereits einstimmig die Nein-Parole beschlossen. Bundesrat Cassis informierte zudem über den aktuellen Stand beim Rahmenabkommen mit der EU.

Geschäftsleitungssitzungen in der Zeit von Corona

Auch wir passen uns an, an die Corona-Situation und an die entsprechend verordneten Massnahmen. Auch die Videokonferenz erlaubt effiziente Diskussionen und Entschlüsse, Dazu die Frage des Präsidenten am Schluss der «Sitzung»: «Warum schmunzelst du?». Eine Gesichtsmaske hätte da besser geschützt!

Liberaler Frauen in der Überholspur

Da sage mir doch einer ...! Es ist toll zu sehen, wie sich unsere Kolleginnen in der FDP engagieren.



GL-Sitzung in Corona-Zeiten am 29.10.2020 im Rahmen einer Videokonferenz. Ob der Druck der anderen GL-Mitglieder auf das Hauptunseres Präsidenten nicht etwas gross ist?



Von links nach rechts: Karin Ruckli, Kim Rast, Christine Salvisberg-Sigg, Jacqueline Theiler

Dass Karin Ruckli als Frau die FDP Frauen führt ist mehr als logisch. Kim Rast, FDP Udligenswil hat das Amt als Präsidentin der Jungfreisinnigen des Kantons Luzern, Christine Sigg Salvisberg dasjenige als Präsidentin der kantonalen Senioren. Jacqueline Theiler hat am 29.10.2020 als Präsidentin erfolgreich durch die virtuelle Parteiversammlung geführt. Viele weitere FDP Frauen sind sehr aktiv im Einsatz, als Parlamentarierinnen, Gemeinderätinnen, Vreni Grüter und Isabel Isenschmid im Leiterteam der Senioren der Stadt Luzern und andere mehr. Wir alle sind froh für die gute Zusammenarbeit! Danke!

Abstimmungen

Wieder steht uns am 29. November ein reich befrachtetes Abstimmungswochenende bevor, mit 2 Entscheidungen auf Bundesebene (Konzernverantwortungsinitiative und Kriegsgeschäftsinitiative, von welchen man sehr viel hört und liest). Kantonal haben wir im Bereiche Kulturlandschutz vier Beschlüsse zu fassen: Verfassungsinitiative, Gesetzesinitiative, Gegenentwurf und welcher Vorlage bei einem doppelten JA der Vorzug gegeben werden soll. In der Stadt haben wir über die BZO als gesamtes und über den BZO-Teil Würzenbachmatte zu entscheiden. Da vielen gerade diese städtischen Vorlage und die kantonalen Fragestellungen zum so genannten Kulturlandschutz nicht so präsent sein dürften – und auch in den Medien weniger diskutiert werden – haben wir beiden Bereichen im «liberal journal» erweiterten Raum gewidmet.

Führung! Führung!

Viele unter uns wissen es, etwas vom Schönsten

ist die Möglichkeit, eine Partei, eine Berufsorganisation aber auch eine militärische Einheit zu führen. Es ist aber nicht nur schön, sondern auch wichtig und öfters recht schwierig und aufreibend. Wenn es dann noch gelingt, aus den Geführten ein Team zu bilden und zusammen zum Erfolg zu kommen, ist das Erlebnis noch viel unvergesslicher. Ich weiss, das alles tönt ein bisschen idealistisch und doch, gerade Erlebnisse und Geschehen der letzten Monate zeigen auf, dass man in der Führung auch versagen und damit den Anvertrauten schaden kann.

Gründe für ein Versagen gibt es (sehr) viele:

- ⊖ Wenn einem die Eigeninteressen wichtiger sind als das Allgemeinwohl
- ⊖ Wenn daraus eine Polarisierung z.B. zwischen den Parteien entsteht, welche vernünftige Entscheidungen erschwert oder verunmöglicht
- ⊖ Wenn es an Kompromiss- oder Konsensbereitschaft (Politik) mangelt
- ⊖ Wenn die Bereitschaft fehlt, Vorbild zu sein und entsprechend zu führen (z.B. Militär)
- ⊖ Wenn sich der Führende erlaubt, mit Unwahrheiten zu «führen», in der Annahme, dass diese später korrigiert werden können (vgl. z.B. Aussagen zum Nutzen von Schutzmasken)
- ⊖ Wenn die Empathie für die zu Führenden zu gering ist
- ⊖ Wenn – wie leider oft – auf genügende Information und Kommunikation verzichtet wird. Information ist ein Teil der Motivation!

Idealvorstellungen? Ja, aber versuchen wir doch einige /viele davon zu erfüllen!

Herbert Widmer, Mitglied Geschäftsleitung

Nebelschwaden in Luzern und anderswo?

Politik früher und heute

B+A 5/2020

Konzept Autoparkierung

Wie so manches in unserer wunderbaren Stadt handelt es sich auch bei der Frage der Parkierung um ein Beispiel aus der «Unendlichen Geschichte». Nach Durchführung verschiedener Studien legte der Stadtrat dem Parlament mit Datum vom 4. März 2020 einen entsprechenden Bericht und Antrag vor. Dieser kann als akzeptabler Kompromissvorschlag bezeichnet werden, auch wenn die Anliegen der Hotels in der Tourismuszone vergessen gingen und die bürgerliche Seite zu einigen Zugeständnissen bereit war.

Nichtdestotrotz war es anlässlich der ersten Beratung im Stadtparlament am 22. Oktober 2020 ein Ziel der rot-grünen Vertreter*innen, mit Mehrheitsbeschlüssen teils massive Verschärfungen durchzubringen. So wurde unter anderem beschlossen, Parkplätze auf Kantonsstrassen trotz fehlender Kompetenz zugunsten von Velospuren aufzuheben. Der Fraktionschef der Grünen, Martin Abele, bemerkte dazu, man hätte damit «dem Kanton einen Fingerzeig» gegeben. Ob der Kanton daraus die «richtigen» Schlüsse ziehen wird? Es ist damit zu rechnen, dass anlässlich der zweiten Beratung am 12. November 2020 diese und weitere Verschärfungen überwiesen werden. Selbstverständlich werden wir dies nicht widerspruchlos akzeptieren und uns mit Ihrer Hilfe gegen unsinnige, inakzeptable Reglementierungen zur Wehr setzen.

Ob die SP mit ihren extremen Forderungen nicht am Ast sägt, auf dem sie «sitzt»?



Fixierbild? Nein!
Mitarbeiter der Stadtgärtnerei bei der Baumpflege im Dreilindenpark.



Politisches Sinnbild: in manchen Bereichen schwebt Nebel in Luzern, wie hier am Halloween-Abend (31. Oktober 2020 / Foto: Patrick Widmer)

Ein Blick in Nachbars Garten

Manchmal ist es recht interessant, ja heilsam, seine Augen nicht nur im eigenen Garten verweilen zu lassen, sondern auch einen klaren Blick in Nachbars Garten zu werfen. Tun wir dies doch mal im Garten der SP und der Juso.

Anlässlich der Jahresversammlung der JUSO im März 2018 setzte sich die Jungpartei unter der damaligen Führung der heutigen Nationalrätin und Vizepräsidentin der SP Schweiz Tamara Funciello mit neun Forderungen zum Ziel, das kapitalistische System zu überwinden.

Forderungskatalog der Juso:

1. 25-Stunden-Woche
2. Volkspension
3. Ökologischer Fussabdruck auf unter 1 Erde reduzieren
4. Abschaffung der Armee
5. Gratis Bildungs- und Gesundheitswesen
6. Boden verstaatlichen
7. Frauen*quoten in Politik und Wirtschaft
8. Staatsbürger*innenschaft für alle
9. Erbschaftssteuer: Steuersatz 100%

Bekannte Vertreter der Mutterpartei fanden es als keine gute Idee, dass man der Provokation wegen die Forderungen der Linken überdrehe, denn das schreckte ihre linksliberalen Sympathisanten ab. Dass diese Forderungen bei der Juso noch immer aktuell sind, zeigte der Beschluss der Juso-Versammlung vom 06. Sept. 2020 unter der Führung der heutigen Präsidentin Ronja Janssen, die Einführung eines gänzlich steuerfinanzierten Gesundheitswesens und die Verstaatlichung der Pharmabranche zu verfolgen. Gleichzeitig sollte die Privatisierung von Spitälern rückgängig gemacht werden.

Luzerner Bote Nr. 56 vom Donnerstag

10. Mai 1849

Schon vor 151 Jahren war einiges nebulös, wie der Luzerner Bote berichtete

Montag den 7. Mai fing der Verhörrichter im Abwartzimmer des Verhöramts im Kesselthurm seine Tätigkeit gegen die abgetretenen Grossrathsmglieder zu entwickeln an. Wie Viele schon verhört und welche Fragen gestellt worden, ist noch unbekannt, nur das ist gewiss, dass die zu Verhörenden auf 7 Uhr Morgens citiert worden waren, aber erst um 9 Uhr das Vergnügen hatten inquiriert zu werden. Wahrscheinlich hat man durch dieses Wartenlassen den Jnculpaten (Beschuldigten) Zeit geben wollen, über den Kesselthurm recht viele Betrachtungen anstellen zu können!

Habsburg. Bekanntlich hatten nach stattgefunder Wahl eines Bezirkrichters in Udligenschwyl nicht die ruhigen Liberalen, sondern einige Unzufriedene und ... des benannten Amtes Cassation gegen die getroffene Wahl des konservativen Joseph Greters, als Richter von Habsburg eingelegt. Die daherige Beschwerdeschrift trägt in den 40 Seiten Unterschriften von 1400 Bürgern. Der hohe Regierungsrat hat aber nunmehr die Cassationsbeschwerde verworfen und die Wahl genehmigt. Über dieses Cassationsmanöver hoffen wir den Lesern des Luz. Boten einige nachträgliche und nicht uninteressante Details geben zu können, und beschränken uns einstweilen mit der Mittheilung des blossen Faktums.

Abonnement: Jährlich 45 Batzen, halbjährlich 23 Batzen.; Franko für den Kt. Luzern

Inserationsgebühr: Die Petizeile 4 Kreuzer; im Wiederholungsfalle innert 8 Tagen 2 Kreuzer

FDP Senioren: Freundschaft, Kontakte, Information, Politik

Auch gemütliches Beisammensein gehört zum «Politisieren»

FDP als Heimat

Dass unsere Partei auch ein Stück Heimat sein kann, wurde in den vergangenen Corona-Monaten ganz deutlich. Während die Stadtpartei aus naheliegenden Gründen mit ihren Mitgliedern elektronisch kommunizierte, entschied das Leiterteam der Liberalen Seniorinnen und Senioren der Stadt nach der anfänglichen Schockstarre, das gewohnte Programmangebot wieder aufzunehmen.

In oft geführten Lockdown-Telefongesprächen mit älteren alleinstehenden Personen war immer wieder der Wunsch nach persönlichem Kontakt und Austausch geäussert worden.

«Etwas los haben»

Einige dieser Personen waren glücklich, dass im Lockdown ihnen Jungfreisinnige den Einkauf besorgten. Das waren fröhliche Momente in eintönigen Wochen. Dennoch fehlte «das Programm». Dem Leiterteam wurde bewusst, wie sehr unser jahrelanges kleines, aber regelmässiges Angebot diesem Kreis treuer Liberaler zu einem richtigen Aufsteller geworden war. Dieser war jeweils umso grösser, je mehr Leute dabei waren, die nur sporadisch, nach Lust und Interesse, mitmachten. Unser Angebot beinhaltet den monatlichen Stamm mit Gast für politisch Interessierte, die sechs Nachmittagsveranstaltungen gemäss Halbjahresprogramm und die jährliche Reise.

Flexibel durch die Pandemie

Wie können wir der Lust auf Abwechslung und Begegnung gerecht werden? Wir machen das coronamässig Mögliche für jene, die sich gesund genug fühlen. So konnte man sich im Sommer ausnahmsweise zu Plauderstämmen einfinden. Zweimal fanden die Stämme nun mit beschränkter Anzahl wieder regulär statt. Und jetzt: Wer sich für einen Anlass anmeldet, macht sich und uns eine Freude. Andererseits muss eine Absage für beide Seiten immer problemlos möglich sein. So sind die Nachmittage mit Citytrain+Schweizerhof und mit Ramseier-Erlebniswelt bestens gelungen. In diesem Sinne ist auch die nächste Reise geplant. Der Novemberanlass bei Pistor muss allerdings leider ausfallen.

Vreni Grüter – Felber, Isabel Isenschmid – Kramis
Leiterteam



Wie soll die Partei aktuell mit den Mitgliedern kommunizieren?

- Eine Umfrage am Oktober-Stamm zeigte, dass fast alle elektronisch vernetzt sind. Trotzdem:
- Die Älteren bevorzugen deutlich persönlichen Kontakt
- Zoom-Kontakte können sie sich schlecht vorstellen (etwas für die Familie!)
- Sehr geschätzt wird der Newsletter der Partei. Je prägnanter die Parteimeinung formuliert ist, desto offensichtlicher werden die Meinungsunterschiede beim nachfolgenden LZ- Grossstadtratsbericht. Einzelne haben schon auf den Newsletter reagiert. Das könnte aber noch häufiger geschehen.
- Ebenfalls geschätzt werden «Der Freisinn» und ganz besonders das «liberal journal»
- Die LZ wird von den meisten regelmässig gelesen.
- Die kantonale Politik wird wenig wahrgenommen (weil die fundamentalistisch-überhebliche Linkspolitik der Stadt schon genug nervt?)
- Die Teilnahme der Älteren an elektronischen Abstimmungen war bis jetzt eher bescheiden. Da wäre noch Potenzial.

Vielleicht müssen wir uns vermehrt daran erinnern, dass Kommunikation nicht eine Einbahnstrasse ist, sondern auch den Dialog einschliesst.

Vreni Grüter – Felber, Isabel Isenschmid – Kramis
Leiterteam

Besuch bei Ramseier Erlebniswelt

Bruno, de Moschter, begrüsst die fdp-Seniorinnen und Senioren zur Ausstellung. Er führt uns zu wunderschön gestalteten und informativen Räumen. Wir tauchen ein in die interessante Welt des Apfels. Wir bestaunen Apfelbäume, lernen Apfelsorten kennen, probieren die feinen Säfte und lassen uns die Produktionsschritte vom Apfel bis zum Most in

der Flasche erklären. Immer wieder bleiben die Teilnehmenden stehen, um von früheren Zeiten und ihren eigenen Erlebnissen zu erzählen. Erinnerungen an Herbsttage, Apfellese und das Znüni unter dem Apfelbaum werden geweckt. Die eigenen Geschichten vermischen sich mit der Geschichte der Firma Ramseier. Der Besuch hat sich gelohnt. Zufrieden sitzen die Teilnehmenden im Bistro zusammen und freuen sich bei Flammkuchen und Most über den gelungenen Ausflug.

Reise an den Bodensee

Sonntag, 30. Mai – Donnerstag, 3. Juni 2021
Mit der Firma Heggli AG erarbeiten wir ein interessantes Reiseprogramm an den Bodensee. Wir werden auf der Schweizer Seite übernachten. Verschiedene Tagesausflüge bringen uns mit Car oder Schiff an sehenswerte Orte rund um den Bodensee.

Neue Präsidentin

«Die Liberalen Senioren Kanton Luzern» sind unser Dachverband und im Gegensatz zu uns städtischen Senioren ein Verein. Kürzlich wurde Christine Salvisberg-Sigg zur Präsidentin gewählt, nachfolgend auf Tony Maeder. Wir freuen uns und gratulieren herzlich. Damit verbinden sich die Kantonalen mit den Städtischen erneut enger: So wie im Wahlfrühling, als die Kantonalen Senioren beschlossen, die städtische FDP-Liste «mit Herz und Erfahrung» grosszügig zu unterstützen. Nicht umsonst, trugen doch die erst als Schlachtrösser belächelten älteren Kandidierenden schliesslich als Zugpferde dazu bei, dass die FDP ihre Sitze im Stadtparlament halten konnte.

Mitglied der Liberalen Senioren Kanton Luzern können übrigens alle FDP-Sympathisantinnen werden, die über 60 sind.

Vreni Grüter – Felber



Vreni Grüter-Felber



Isabel Isenschmid-Kramis



Hugo Schiavini



Christine Salvisberg-Sigg | Präsidentin FDP-Senioren

Die Jungfreisinnigen der Stadt Luzern

10. Politbattle im Neubad am 8. Oktober 2020



Intensive Debatten, eine Rekordzahl an TeilnehmerInnen und nationale Politgrössen am Leodegar2020

Am Donnerstag 8. Oktober 2020 um 19:00 Uhr trafen sich alle Luzerner Jungparteien sowie zahlreiche politikinteressierte Jugendliche im Neubad Luzern zur zehnten Auflage des Leodegars, dem grössten Zentralschweizer Politbattle. Insgesamt nahmen 130 Personen an dem zehnjährigen Jubiläum teil; eine Teilnehmerzahl, die bisher noch nie am Leodegar erreicht werden konnte, was die Veranstalter besonders gefreut hat. Ebenso anwesend für ein Grusswort war Kantonsrat Maurus Zeier, ehemaliger Präsident der Jungfreisinnigen Stadt Luzern und Gründer des Leodegars.

Nach der Begrüssung wurde über das Stimmrechtsalter 16, die Kriegsgeschäftsinitiative, den Bypass Luzern zusammen mit der Anti-Stau-Initiative der JSVP Luzern die 99% – Initiative der Juso Schweiz,

bei dem die PräsidentInnen der sechs grössten Schweizer Jungparteien zusammen über die Initiative sowie über das Schweizer Steuersystem diskutierten, debattiert. Zudem bestand die Möglichkeit, sich mit anderen Jungpolitikerinnen und Jungpolitikern auszutauschen und neue Bekanntschaften zu machen. Ebenso gab es für jede Teilnehmerin und jeden Teilnehmer ein Freigetränk an der Poolbar des Neubads Luzern, was möglich gemacht wurde dank allen Luzerner Jungparteien sowie dem Stadtluzerner und dem Kantonalen Jugendparlament.

Aus einem kurzen Bericht von SRF vom 10.10.2020

SRF berichtete über den Anlass in Form einer Diskussion zwischen Kim Rast, Präsidentin der Jungfreisinnigen des Kantons Luzern und Jonas Ineichen, Luzerner Juso-Präsident. Einleitend wurde festgestellt, dass die seit zehn Jahren von den Jungfreisinnigen der Stadt Luzern organisierten Politbattles bei Jungpolitikern und Zuschauern sehr beliebt seien, in diesem Jahr noch verstärkt durch die Tatsache, dass sich die Präsidentinnen und Präsidenten aller Schweizer Jungparteien dem Battle – der Schlacht – stellten (vgl. Bild oben).

Es wurde die Frage gestellt, ob ein Diskurs mit Grölen, Lärmen und einander in Wort fallen etwas bringe? Ob dies die richtige Art und Weise sei, jungen Menschen die Politik schmackhaft zu machen? Kim Rast: «Klar, der Battle ist eine Plattform für einen gemeinsamen Austausch und um miteinander über die verschiedenen Meinungen zu reden. Ich finde es cool, dass es so abläuft, dass man sich nicht immer an die Regeln halten und sich nicht formell ausdrücken muss, mit Jungen zu diskutieren, als wäre man an einem Stammtisch. Bei Politik denkt man nicht automatisch daran, dass diese auch Freude bereiten kann, Man denkt wohl eher an ältere Damen und Herren, welche über aktuelle Themen diskutieren und irgendwelche Texte runterlesen. So ist es aber nicht. Politik kann auch ein Hobby sein, das Spass macht. Es ist die Möglichkeit, sich für ein Thema einzusetzen, das einen interessiert.»

Jonas Ineichen: «Es ist nicht immer so, dass man sich dauernd ins Wort fällt, es tut gut, sich auszutauschen. Man kann sich nur dann eine differenzierte Meinung bilden, wenn man seine eigene Meinung mit einer anderen konfrontiert. Dann gibt es auch keine Polarisierung und man verschliesst sich anderen Ansichten nicht.»

Robert Rosenow von easyvote sagt dazu: «Ein solcher Politbattle ist toll. Es ist eine gute Art und Weise aufzuzeigen, wie Politik funktioniert und dass Konsens Zeit braucht.»

(Vgl. dazu Seite 11 «Welche politischen Themen interessieren dich?»)



Vorstand der Jungfreisinnigen der Stadt Luzern



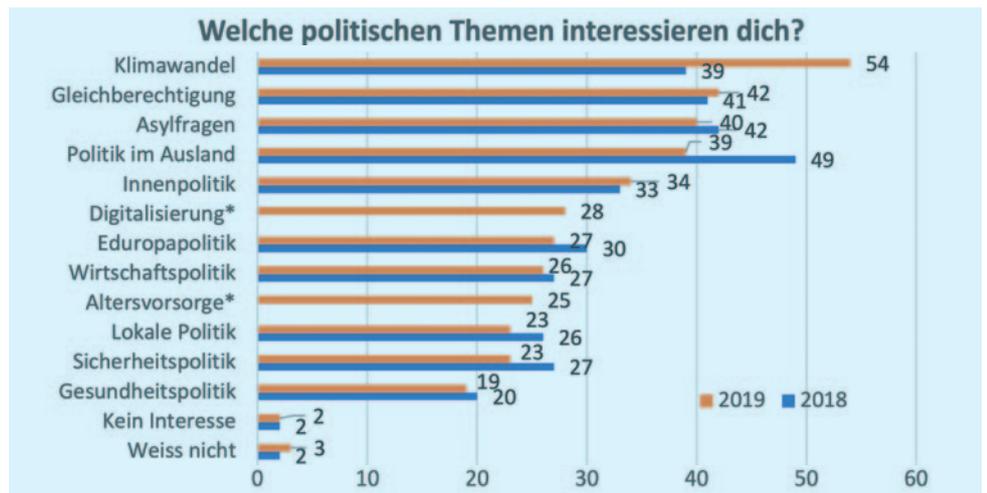
Welche politischen Themen interessieren dich? Befragung von Schülerinnen und Schülern zwischen 15 und 25 Jahren durch gfs.bern

Wenn wir über Stimmrechtalter, über den Einfluss von Jungparteien bei Abstimmungen und Wahlen u.a.m. diskutieren, wollen wir immer wissen, wie stark sich denn junge Frauen und Männer für die Politik interessieren, welche politische Themen für sie im Vordergrund stehen, ob sie bereit sind, an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen, von wo sie ihr politisches Wissen – und ihre entsprechende Einstellung – beziehen etc.

Umfragen von easyvote durch gfs.bern

Der Dachverband der Schweizer Jugendparlamente easyvote hat vor sechs Jahren dem Meinungsforschungsinstitut gfs.bern den Auftrag gegeben, jährlich eine Befragung bei Jugendlichen durchzuführen und in einem entsprechenden Bericht zu veröffentlichen. Ziel von easyvote ist es, 18 – 25-Jährige für Politik zu interessieren und ihr Wissen über politische Themen und Prozesse zu fördern. Den aktuellen **easyvote-Politikmonitor 2019** finden Sie im Internet (google) unter diesem Stichwort, gerne empfehle ich Ihnen diesen Bericht zu studieren. Hier finden nur einige wichtige Punkte Platz.

Das sogenannte Easyvote-Modell zur Steigerung der formellen politische Partizipation identifiziert zwei Faktoren, die sich entscheidend auf die Beteiligungsbereitschaft auswirken: Einerseits wirken sich ein erhöhtes politisches Interesse und das Gefühl, die Teilnahme am demokratischen Prozess sei eine Bürgerpflicht, positiv auf die politische Partizipation aus. Andererseits wirkt sich die oft vorhandene Überforderung mit der Entscheidungsfindung negativ auf die Teilnahme junger Erwachsener an Wahlen oder Abstimmungen aus. Mittels der Förderung von Gesprächen, politischer Bildung sowie der Verbreitung von einfachen und neutralen



Informationen zu Abstimmungen und Wahlen will easyvote auf eine erhöhte Teilnahme junger Erwachsener zwischen 15 und 25 Jahren am politischen Prozess hinwirken.

Während Individualismus und Selbstverwirklichung lange Zeit die primären Leit motive der Jugend dargestellt haben, orientiert sich die heutige Generation eher am Mainstream, an einem Wunsch nach Sicherheit und an einer gewissen Nähe zum Konventionellen. Seit die **Klimastreiks** vor etwas mehr als einem Jahr begonnen haben, hat sich die Diskussion fundamental verändert. Stattdessen wird heute gestaunt, wie die Jugend die mediale und politische Agenda prägt und es geschafft hat, mit dem Klimawandel ein Thema zur ersten Priorität zu machen, was über Jahrzehnte als unvermittelbar galt. Tatsächlich gibt eine Mehrheit von 54 Prozent aller Befragten an, dass der Klimawandel ein politisches Themengebiet ist, das sie persönlich interessiert. (Deutliche Zunahme innerhalb eines Jahres).

An zweiter Stelle steht das Interesse an der **Gleichberechtigung von Mann und Frau**, dem zweiten Thema, das im letzten Jahr die Massen auf der Strasse bewegt hat. Für dieses Thema wie auch für Migrations- und Asylfragen lässt sich allerdings kein signifikanter Anstieg feststellen. Deutlich eingebrochen ist das Interesse an Politik im Ausland, das 2019 noch an erster Stelle stand. Junge Frauen interessieren sich dreimal so häufig für das Thema Gleichberechtigung wie Männer. Auch der Klimawandel und Migrationsfragen interessieren Schülerinnen mehr als Schüler. Junge Männer interessieren sich deutlich mehr für Wirtschaftspolitik und für Digitalisierung als junge Frauen. (Zitate aus der **gfs-Studie** «Klimajugend va. Sofajugend»).

Das Studium des Berichts ist lohnenswert, hat sich unsere Politik doch sehr verändert!

Herbert Widmer, Redaktor liberal journal

Rückblick auf das Jahr 2020



Senioren im Citytrain



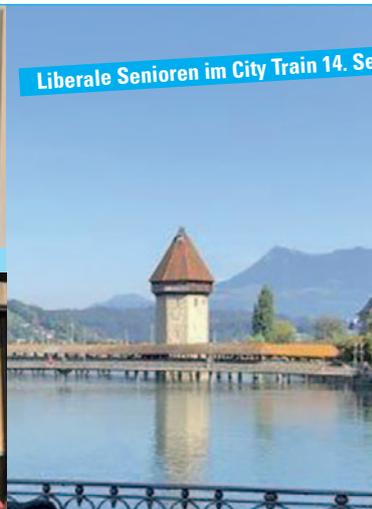
Mike Hauser, unser Gastgeber



Vreni Grüter

Peter Tüfer

Liberaler Senioren im City Train 14. September 2020



Blick aus dem City Train auf die eigene Stadt: Wasserturm, Zeughaus und Museggtürme



Nomination für den Stadtrat: Franziska Bitzi, Manuela Jost, Silvio Bonzanigo und Martin Märki



Stadtratskandidatinnen stellen sich vor | 07. Januar 2020



Geschäftsleitung vor der Parteiversammlung im LUKS | 07. Januar 2020

Politbattle im Neubad | 08. Oktober 2020



Politbattle am 08. Oktober 2020 im Neubad Luzern | organisiert durch JFL



Maurus Zeier, Jill Nussbaumer und Matthias Müller



Morienne Montero

An-Ky Le



Trudi und Hanspeter Bissig



Hugo Schiavini

Isabel Schiavini



Thomas Bögli

Isabel Isenschmid



Rund um den Apfel



Senioren bei der RAMSEIER-Erlebnisswelt | 20. Oktober 2020



Peter Schmid



Alice Weidmann



Josef Blum



Marianne Cserhati



Sylvia Herzog